



Nummer 21

31. Dezember 2017

Der Vorstand des Revolutionären Freundschaftsbundes e. V. dokumentiert:

Gemeinsamer Aufruf kommunistischer und Arbeiterparteien zur Solidarität mit dem Volk Palästinas

Veröffentlicht: 13. Dezember 2017



Die kommunistischen und Arbeiterparteien, die diesen gemeinsamen Aufruf unterzeichnen,

verurteilen entschieden die nicht hinnehmbare Haltung des Präsidenten der USA, D. Trump, durch die die USA Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkennen.

Diese Entscheidung untergräbt in großem Ausmaß den gerechten Kampf des palästinensischen Volkes gegen die israelische Besatzung, für die Schaffung und Anerkennung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt. Zudem kann diese Entscheidung, die eine gefährliche Provokation der Völker des Mittleren Ostens darstellt, dazu führen, die Region weiter in Brand zu stecken, um die Pläne der US-Imperialisten zu befriedigen.

Die EU und ganz allgemein die Führungen ihrer Mitgliedsstaaten sind ebenfalls mitverantwortlich für diese Entwicklung, weil sie ihre Beziehungen mit dem israelischen Staat vertieft haben, während diese das palästinensische Volk unterdrückt und ermordet.

Wir rufen die Arbeiter und alle Völker auf, ihre Solidarität mit dem palästinensischen Volk zu verstärken – für die Freilassung Tausender politischer Gefangener aus den israelischen Gefängnissen, für das Niederreißen der Mauer der Schande, für das Erzwingen eines Rückzugs der israelischen Armee aus allen seit 1967 besetzten Gebieten einschließlich der Golanhöhen (Syrien) und der Shebaa-Farmen (Libanon), für die Beendigung aller Blockaden gegen das palästinensische Volk in der Westbank und im Gazastreifen, für die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge in ihre Heimat, für die Einhaltung der relevanten UN-Resolution, für die Fortsetzung des Kampfes um die Anerkennung eines unabhängigen, souveränen und lebensfähigen palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 mit Ost-Jerusalem als seiner Hauptstadt.

Unterzeichnende Parteien:

Kommunistische Partei Albanien PADS, Algerien

Kommunistische Partei Australiens

Partei der Arbeit Österreichs	KP Aserbaidschans	Progressive Tribüne in Bahrain
KP von Bangladesch	KP der Wallonie-Brüssel	Partei der Arbeit Belgiens
Brasilianische KP	KP Brasiliens	Sozialistische Arbeiterpartei Kroatiens
AKEL, Zypern	KP Böhmens und Mähren	KP in Dänemark
KP Estlands	KP Ecuadors	Kommunistische Partei Finnlands
Deutsche Kommunistische Partei	Vereinigte KP Georgiens	KP Griechenlands
Ungarische Arbeiterpartei	KP Indiens	KP Indiens (Marxistisch)
Tudeh Partei des Iran	Irakische KP	Kommunistische Partei Irlands
Arbeiterpartei Irlands	KP Italien	Soz. Bewegung Kasachstans
Partei der Arbeit Koreas	Soz. Partei Lettlands	KP Luxemburgs
Kommunistische Partei Maltas	KP Mexikos	Sozialistische Volkspartei Mexikos
Neue KP der Niederlande	KP Norwegens	Palästinensische KP
Paraguayische KP	Portugiesische KP	Rumänische Sozialistische Partei
KP der Russischen Föderation	Russ.Komm.Arbeiterpartei	Union Komm. Parteien – KPdSU
KP der Sowjetunion	Neue KP Jugoslawiens	Partei der Kommunisten Serbiens
Südafrikanische KP	KP der Völker Spaniens	Kommunistische Partei Sri Lankas
Syrische Kommunistische Partei	KP der Türkei	Kommunistische Partei der Ukraine
Union der Kommunisten in der Ukraine	KP USA	

Quelle: [Solidnet](#) / Übersetzung: RedGlobe

Bekanntnis der im RFB organisierten Thälmannfreunde:

Wir haben den Aufruf der organisierten Kommunisten aus 47 Ländern der von imperialistischer Machtpolitik geschundenen Erde zur Kenntnis genommen.

Als Internationalisten und politische Erben Ernst Thälmanns sind wir solidarisch mit dem palästinensischen Volk und bekräftigen die in der vorgenannten Erklärung formulierten Forderungen.

Damit verurteilen wir ausdrücklich die politischen Eskapaden des Präsidenten der USA, die er als Werkzeug der mächtigsten US- und Weltkonzerne inszeniert, um deren imperialistische Weltmachtansprüche durchzusetzen.

Wir wenden uns an die deutsche Öffentlichkeit, insbesondere an die kapitalistisch ausgebeuteten Arbeiter, Angestellten, Bauern, Selbständige der Mittelschichten, Angehörige der Intelligenz: Die von Präsident Trump gestartete Provokation ist mehr als nur Kriegsgeschrei. Sie erpresst die Regierungen der Länder, die UNO-Resolution nicht zu unterstützen und seinem Beispiel zu folgen und damit die Knechtschaft im Krisen- und Kriegsgebiet zu verschärfen und zu verewigen. Diese imperialistische Politik forderte schon so viele ungezählte Tote, Krüppel und zerstörte Lebensgrundlagen.

Wir fordern vom deutschen Bundestag und von der Regierung, der Zustimmung zur UNO-Resolution Taten folgen lassen und der Erpressungspolitik entgegenzuwirken, um den Rechten des palästinensischen Volkes den UNO – Beschlüssen, Resolutionen, Erklärungen entsprechend Geltung zu verschaffen.

Die Anerkennung der Ansprüche der gegenwärtigen israelischen Regierung – Vereinnahmung Jerusalems als Hauptstadt Israels – würde, darf aber nicht, zur Ausweitung des Krieges gegen das palästinensische Volk führen. Die Völker Palästinas und Israels brauchen Frieden! Frieden und nochmals Frieden; Frieden für ein menschenwürdiges Leben.

Die imperialistischen Weltmachtansprüche bedeuten Krieg und Verewigung der Unterdrückung! Der Frieden für die Völker erfordert die „Anerkennung eines unabhängigen, souveränen und lebensfähigen palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 mit Ost-Jerusalem als seiner Hauptstadt!“

Beschluss des geschäftsführenden Vorstandes des RFB e. V. vom 30.12.2017